



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spt/III/105*

1. September 1948

Reichswehr und Nazismus

Im Urteil eines amerikanischen Historikers
Von Friedrich Stampfer

Erfreulicher Weise beginnt die amerikanische Geschichtsforschung sich etwas eingehender mit der Ersten Deutschen Republik zu befassen, und so darf man hoffen, daß in der öffentlichen Meinung die oberflächlichen Urteile über die "illfated Weimar Republic" mit der Zeit einer gerechten Würdigung Platz machen werden.

Gordon A. Craig muß man das Kompliment machen, daß er in einem Aufsatz über Wilhelm Groeners Politik zum Juniheft von "Political Scenery Quarterly" seine Aufgabe ausgezeichnet gelöst hat. Mr. Craig konnte sich bei seiner Arbeit einiger Quellen bedienen, die mir noch verschlossen sind. Zu ihnen gehören die Lebenserinnerungen Groeners, die einen stattlichen Band bilden müssen, und Briefe, die er an seine Freunde geschrieben hat. Mit Hilfe dieses Materials konnte Mr. Craig den dramatischen Konflikt Groener-Schleicher, der ein Vorspiel zur Entstehung des "Dritten Reiches" darstellt, in eindrucksvoller Weise rekonstruieren.

Der Konflikt Groener-Schleicher entstand bekanntlich, als Schleicher in der Frage der SA eine plötzliche Wendung von 180 Grad vollzog. Schleicher selbst hat in einem Gespräch mit Breitscheid und mir versucht, sich von dem Vorwurf der Treulosigkeit reinzuwaschen. Er gab zu, daß er bei der Auflösung der SA eine der treibenden Kräfte gewesen sei, doch sei er in schlaflosen Nächten zu der Überzeugung gekommen, daß er damit einen schweren Fehler begangen habe. Dabei schwebte ihm offenbar der Gedanke vor, daß es die Aufgabe der Reichswehr sei, die halb-militärischen Verbände von der SA bis zum Reichsbanner unter einen Hut zu bringen, nämlich den seinen. Für Groeners Rücktritt vom Reichsministerium des Innern, so versicherte er, sei nun eingetreten, um der Reichswehr Groener als Minister zu erhalten. Inzwischen aber war Groener schon als Reichsminister gestürzt und Schleicher als Mitglied des Papenkabinetts sein Nachfolger geworden.

Dieses Gespräch fand wenige Tage vor dem preußischen Staatsstreich statt, in dem Schleicher, nun selber Reichsminister, seinem Freund Papen das Militär zur Verfügung stellte, um Brauer und Severing aus den Ämtern zu jagen. Breitscheid und ich waren auf das tiefste über Schleichers Verhalten empört - hatte er doch zu uns beiden in dem vertrauten Freundschaft gesprochen, während er schon das Netz über

meine Freunde Brauer und Severin zusammenzuziehen half. Er hätte sich bei uns Sozialdemokraten in den auf vollkommener Unzuverlässigkeit gebracht. Daran scheiterten auch seine Pläne, mit Hilfe der Gewerkschaften eine Art überparteiliche Diktaturregierung zustande zu bringen. Heute erscheint freilich, an der Hitlerperiode gemessen, jede Art von Regierung als das "kleinere Übel". Mit Schleicher aber konnte man sich nicht einlassen.

Wilhelm Groener, Schleichers väterlicher und bitter enttäuschter Freund, war aus ganz anderem Holze geschnitzt. Dieser süddeutsche Beamtensohn war trotz seiner großen Laufbahn niemals das geworden, was man sich unter einem deutschen General vorgestellt hat. Beruflich war er wohl mit den Ludendorff und Hindenburg verbunden, landsmannschaftlich aber mit Papan und Haussmann, Ebert und Hermann Müller und den vielen anderen führenden Politikern der Republik, deren Wiege in der süddeutschen Ecke gestanden hatte. Craig schildert ihn ganz richtig als einen Mann, der mit seinen Denken außerhalb des Parteigetriebes stand, es ging ihm um den deutschen Staat, dessen Wandlung zur Republik er als eine vollendete und keineswegs tragische Tatsache hingesehen hatte. Die Reichswehr zum Rückgrat des republikanischen deutschen Staates zu machen, war seine ehrliche Absicht. An die Möglichkeit ihre Verwirklichung konnte er glauben, weil er ein schlechter Menschenkenner war. Sonst hätte er auch nicht Schicksal und Herz an Schleicher hängen können. Craig zitiert einen Brief, mit dem Groener im November 1932 einen Versöhnungsversuch Schleichers zurückwies. Aus dem Englischen rückübersetzt heißt es da: "Verachtung und Zorn kochen in mir, weil ich von Ihnen betrogen worden bin, meinem Freund, Schüler und Adoptivsohn, meiner Hoffnung für Volk und Vaterland". Craig versichert - an sich sehr glaubwürdig - Groener hätte seinen Groll gegen Schleicher niemals verwunden. Mir freilich hat Groener im April 1933 gesagt, er hätte Schleicher verziehen und sich mit ihm ausgesöhnt.

Es mag sein, daß unter dem Eindruck des neuen Kurses eine Wiedernäherung der beiden erfolgt ist. Denn nun waren sie ja beide die Geschlagenen. Sieger war - mit Hindenburgs Hilfe - Hitler. Der Groll Groeners, des von allen Seiten Betrogenen, richtete sich dann mehr gegen den ehemaligen Vorgesetzten als gegen den einstigen Untergebenen. Denn als ich ihn in dem schon erwähnten Gespräch vom April 1933 aufforderte, zum "Alten" zu gehen und ihm den Star zu stechen, brummte er widerwillig: "Zum Alten gehe ich nicht mehr. Soviel Traulosigkeit vertrage ich nicht".

Deutsche Generale unter sich! Und so ging es weiter mit Uneinigkeit, Wirrwar und Charakterlosigkeit vieler, bis zum mißlungenen Attentat auf Hitler und zur Kapitulation.

Genocidium - das Verbrechen des Massenmordes

G.Z. Genf, Anfang September

Auf der Tagesordnung der Plenarkommission für Menschenrechte des Wirtschafts- und Sozialrats, der seit dem 19. Juli im Prunksaal des ehemaligen Völkerbundpalastes ohne jede Unterbrechung tagt, steht unter Punkt zwei: Konventionsentwurf über das Verbrechen des Massenmordes.

Die "vorsätzliche und planvolle Vernichtung von Minderheiten" ist von der Generalversammlung der UN im Dezember 1946 als ein von der zivilisierten Welt zu verurteilendes internationales Verbrechen gekennzeichnet und dem Wirtschafts- und Sozialrat der Auftrag erteilt worden, einen diesbezüglichen Konventionsentwurf auszuarbeiten. Inzwischen ist, wie im Entwurf zu lesen, über diesen Auftrag das Völkerrechts-Vokabular um einen neuen, schwerwiegenden Begriff unter der Bezeichnung "Genocidium" bereichert worden.

Die etymologische Aufteilung dieser neuen Begriffsbezeichnung sind das griechische "genos", gleich Stamm, Sippe, Rasse und "oid", gleich töten. Der Massenmord als versuchte oder durchgeführte Ausrottung von Minderheitsvolksteilen hat in der neueren Geschichte die zivilisierte Welt erschreckt durch die türkischen Armenier-Massaker während und nach dem ersten Weltkriege; auch die Verfolgungen der christlichen Assyrer im Irak und ihre Flucht vor der völligen Vernichtung in den gleichen Nachkriegsjahren gehört in dieses Kapitel. Der Minderheitenmord ist also eine altbekannte Methode der Übernationalisten, von eigenen Schwierigkeiten und Verbrechen dazu abzulenken; Hitler hat nur, was in Asien oder in finsternen Ecken des Orients heimisch, nach Europa verpflanzt und der Massenvernichtung die "wissenschaftlich exakte" Systematik plus Überdimension gegeben. Die knappe Begriffsformulierung für ihr Tun vermochten die deutschen Ausrottungsmathematiker allerdings nicht zu finden. "Genocidium" ist eine Begriffsprägung von Prof. Raphael Lemkin, einem amerikanischen Gelehrten, der Berater des USA-Anklägers in den Nürnberger Prozessen war.

Nach Lemkins Vorschlag sollen drei Arten von Genocidium unterscheidbar werden: Das physische Genocidium, die Tötung oder Versetzung menschlicher Gruppen in Verhältnisse, das Tod oder dezimierende Gesundheitsschädigungen die Folgen sein müssen; das biologische Genocidium, ausgehend auf Verhinderung des Lebens und "retardierende" Auslöschung menschlicher Gruppen, wobei Sterilisierung, Deportation und Zwangsarbeit, Auseinanderreißung der Familien und Verhinderung der Eheschließung die angewandten Mittel sind; das kulturelle Genocidium, als Vernichtung des geistigen und kulturellen Lebens und der besonderen Merkmale oder Eigenarten einer menschlichen Gruppe, herbeigeführt durch gewaltsame Entfernung oder Ernüchterung der repräsentativen und intellektuellen Volksschicht, durch Kinderentführung zum Zwecke der erzieherischen oder sonstigen Einfügung in eine andere Volksgruppe, durch Ausraubung oder Zerstörung von Museen, Bibliotheken, Kirchen, nationalen Kulturdenkmälern und Kunstwerken, historischen Dokumentensammlungen und dergl. mehr.

Auch die zum Genocidium führende Propaganda, im Konventionsentwurf zum Verbrechen erklärt, selbst wenn sie von Staatsmännern und Beamten betrieben wird. Die Signatarmächte haben Genocidium in ihren Strafgesetzen als Verbrechen aufzunehmen. Die Erklärung von Genocidium zum internationalen Verbrechen hat zur Folge, daß dieses Verbrechen in jedem Lande gegen jede Person gerichtlich verfolgt werden muß, wobei schwere Fälle einem internationalen Strafgerichtshof zu überweisen sind. Von den "politischen Verbrechen" ausdrücklich ausgeschlossen, ist der Urheber von oder Teilnehmer an Genocidium auch ausgeschlossen vom Asylrecht. Genocidium ist der erste Versuch, die menschliche Gesellschaft vor dem Massenmord zu schützen durch internationale Strafverfolgung.

Vor der Lösung des Flüchtlingsproblems in Dänemark

Von unseren skandinavischen Korrespondenten

K.V. Ein Problem erster Ordnung für Dänemark waren die 220 000 Flüchtlinge, die kurz vor dem Zusammenbruch in den Wintermonaten 1945 nach Dänemark gekommen waren. Meist waren es Deutsche aus dem Osten, besonders aus Ostpreußen. Nach der Befreiung hatte die dänische Regierung Flüchtlingslager - verstreut über das ganze Land - errichten lassen, wo diese heimatlos gewordenen Menschen, meist Frauen und Kinder, untergebracht, ernährt und gekleidet werden mußten. Jeder Tag kostete zu Beginn 3/4 Million Kronen und im Etatsjahr 1945/46 mußte die dänische Staatskasse hierfür ca. 300 Mill. dänische Kronen bewilligen. Die vollständige Abwicklung dieses Flüchtlingsproblems wird den dänischen Staat schätzungsweise 500 Mill. Kronen kosten. Keine geringe Belastung für ein Land, das ca. 4 Millionen Einwohner zählt.

Die Bemühungen, diese Flüchtlinge wieder nach Deutschland zurückzuführen, waren mit mühsamen internationalen Verhandlungen verbunden. Keine der vier Okkupationsmächte wünschte in der ersten Zeit, diese Flüchtlinge entgegenzunehmen. Schließlich kam vor etwa zwei Jahren die erste Abmachung zustande, und zwar zwischen dem dänischen Außenminister Rasmussen und Stalin persönlich. Rußland verpflichtete sich, die Hälfte der Flüchtlinge zu übernehmen. Die Westmächte waren mit diesen Schlüssel nicht einverstanden. Sie wiesen auf die bereits bestehende große Flüchtlingslast aus dem Osten in ihren Zonen hin und machten geltend, daß die Russen verpflichtet seien, 75 Prozent der Flüchtlinge zu übernehmen, d.h. alle die Flüchtlinge, die in den jetzigen oder früheren deutschen Gebieten östlich der Elbe beheimatet waren.

In der Praxis hat es sich dann gezeigt, daß die Westmächte entgegenkommender waren als die Sowjetunion. Die ersten größeren Flüchtlingskontingente wurden von den Engländern und Amerikanern, kleinere Flüchtlingskontingente auch von den Franzosen übernommen. Erst nachdem größere Flüchtlingskontingente in die Westzonen überführt worden waren, gaben auch die Russen Genehmigung für einige größere Transporte in die Ostzone. Bis jetzt sind 127 000 von diesen deutschen Flüchtlingen nach den Westzonen und 47 000 nach der Ostzone überführt worden.

In diesen Tagen haben sich nun die englischen und amerikanischen Behörden bereit erklärt, noch einmal 25 000 Flüchtlinge in ihre Zonen zu übernehmen, mit deren Abtransport in allernächster Zeit gerechnet werden kann. Es bleiben dann noch etwa 20 000 Flüchtlinge übrig. Die dänische Regierung hofft, daß die Russen diesen Rest vor Eintritt des Winters übernehmen werden. Selbst unter dieser Voraussetzung hätten die Russen nur 67 000 Flüchtlinge übernommen anstatt 110 000, wie Stalin es vor zwei Jahren versprochen hatte.

Für die Dänen wie für die Flüchtlinge war der lange Aufenthalt in den dänischen Flüchtlingslagern eine starke Nervenbelastung. Der taktvollen und tüchtigen Leitung des dänischen Chefs für das Flüchtlingswesen, Herrn Kjærbøll, der heute als Minister für das Wohnungswesen in Dänemark amtiert, ist es zu danken, daß diese schwere Aufgabe in würdiger Weise gelöst wurde. Materiell erhielten die Flüchtlinge mehr als sie in Deutschland erhalten hätten. Die Kalorienzahl pro Kopf und Tag ist nie unter 2000 heruntergegangen. Geistig gesehen hat die Flüchtlingsverwaltung dafür gesorgt, daß ein wenig Abwechslung in das monotone und vollkommen abgeschlossene Lagerleben hineingetragen wurde. Überall gab es Schulen und Berufskurse, Theater- und Gesangsvereine und auch Filmvorführungen. Lehrkräfte stellten die Flüchtlinge selbst, aber für die Organisation dieser Flüchtlingshilfe waren auch deutsche sozialdemokratische Emigranten herangezogen worden, die während der Okkupation nach Schweden geflüchtet waren und die nach dem Kriege wieder festen Aufenthalt in Dänemark erhalten konnten.

Solche ehemaligen Flüchtlinge gaben auch eine wöchentliche Zeitung, "Die Deutschen Nachrichten" für alle Lager heraus, die von der Flüchtlingsverwaltung finanziert, redigiert und in Kopenhagen gedruckt wird. Ein Teil der umfangreichen Zeitung wird von den Lagerinsassen selbst geschrieben.

Unter den Flüchtlingen, die sich jahrelang in den dänischen Lagern aufhielten, befand sich auch eine der bekanntesten deutschen Dichterinnen die aus Königsberg in Ostpreußen stammende Agnes Miegel. Die hochbetagte Frau hat oft Beiträge in den "Deutschen Nachrichten" veröffentlicht. Sie ist mit einer der ersten Transporte nach dem Westen Deutschlands zurückgekehrt.

Eine reiche Gewerkschaft

Die schwedische Typografengewerkschaft verfügt über ein Vermögen von 12.700.000 Schwedenkronen, d.h., daß auf jedes Mitglied nahezu tausend Schwedenkronen entfallen. Dieser außerordentlich hohe Vermögensstand ist eine starke Waffe des Verbandes bei seinen Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation.

(b/A27a/19/2/hs)

Bishops Nein

sp. Der Militärgouverneur von Nordrhein-Westfalen, Generalmajor Bishop, hat dem Landtagspräsidenten von Nordrhein-Westfalen mitgeteilt, daß die Militärregierung keine Vollmachten zur Verkündung des Gesetzes zur Sozialisierung der Kohlenwirtschaft geben könne. Da die Kohlenbergwerke zum nationalen Vermögen gehören und aus diesem Grunde auch die Interessen anderer Länder berühren, deshalb müsse die Frage der Sozialisierung von einer deutschen Regierung behandelt werden.

Dieses Nein zum Sozialisierungsgesetz kommt überraschend von einer Stelle, von der man bisher mit Recht eine gegenteilige Haltung voraussetzen konnte. Es hat mehr als eine englische Äußerung gegeben, darunter auch von Außenminister Bevin selbst, daß man die Überführung der Grundstoffindustrie im Rhein- und Ruhrgebiet in Gemeineigentum befürworte. Daß man sich im entscheidenden Augenblick anders besinne, konnte auf deutscher Seite aufgrund der vielen Zusagen nicht erwartet werden, wenn es auch kein Geheimnis war, daß die zweite Besatzungsmacht, mit dem allerdings größeren Gewicht, in Sozialisierungsfragen zurückhaltend ist. Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß dieses größere Gewicht auf die Entscheidung Bishops mitgewirkt hat.

Es ist unbestritten, daß die Kohlenbergwerke deutsches National-eigentum sind, in Grunde genommen ist das Sozialisierungsgesetz ja nichts anderes als die gesetzliche Verankerung dieser Erkenntnis. Daß man mit der gleichen Begründung die nun endlich in Angriff gekommene Sozialisierung verhindern oder zumindest hinausschieben will, kann man als einen Mangel an Logik empfinden, umso mehr, als in dem von nordrhein-westfälischen Landtag verabschiedeten Gesetz ausdrücklich vorge-schrieben ist, daß das Land Nordrhein-Westfalen die Kohlengruben als Treu-händer für das deutsche Volk übernimmt. Auch die Verordnung Nr. 57 der Militärregierung Deutschland, Britisches Kontrollgebiet, schließt, so-wweit sie sich auf das "blockierte Eigentum" bezieht, die Möglichkeit nicht aus, durch die Länder die Entwicklung und die Eigentumsverhält-nisse der Industrie nach den von der Militärregierung niedergelegten Grundsätzen gesetzlich zu regeln. Das verabschiedete Sozialisierungs-gesetz fördert gerade unter Berücksichtigung dieser Klausel die grund-sätzliche Übertragung solcher gesetzgeberischer Befugnisse auf das Land.

Für die SPD bedeutet diese Haltung der Besatzungsmächte eine Ent-täuschung. Auf dem Wege zur angestrebten Sozialisierung der Grundstoff-industrie ist diese Phase aber nicht mehr als ein zwar enttäuschender, aber keineswegs enttäuschender Abschnitt. Die SPD wird die Platte nicht ins Korn werfen, sie wird im Gegenteil ihre Anstrengungen verstärken, weil sie überzeugt ist, den richtigen Weg zu gehen, um einmal der Macht des Privatkapitals einen ihrer größten Trümpfe zu nehmen und zum ande-ren zu verhüten, daß noch einmal dieses größte deutsche Kraftzentrum zu Kriegszwecken mißbraucht wird. Bei jeder weiteren Entwicklung in der Sozialisierung der Kohlenwirtschaft möge man ferner bedenken, daß das zustandgekommene und nun verhinderte Gesetz in erster Linie Wunsch und Werk der Menschen ist, die die Kohle fördern. Es kann für diese Menschen nicht gleichgültig sein, ob man ihren politischen Willen achtet oder nicht. Die SPD kann daher nicht annehmen, daß die Entscheidung des Ge-neralmajors Bishop das letzte Wort zu dieser Sache darstellt.

Um das Aufbauwerk der Arbeiterwohlfahrt

sp. Die Reform der sozialpädagogischen Ausbildung, die Lage der Jugendwohlfahrt nach der Nahrungsreform, der Entwurf zu einem Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und die Frage der zweckmäßigsten Organisation der Sozialämter waren die wesentlichen Themen einer Arbeitstagung des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt in der vergangenen Woche in Vöhl bei Kassel.

In einer Sitzung mit den Vertretern der Arbeiterwohlfahrt aus den drei Westzonen kam einstimmig zum Ausdruck, daß alle Anstrengungen gemacht werden würden, um das Aufbauwerk der Arbeiterwohlfahrt zu erhalten und zu festigen. Seine Grundlage bildet die in mühevoller Kleinarbeit geschaffene Organisation. In 5.400 Ortsausschüssen sind über 50.000 ehrenamtliche Mitarbeiter tätig; sie arbeiten an den Brennpunkten der Not, sie sind es, an die sich die Flüchtlinge, die Heimkehrer, die durch die Nahrungsreform in Not Geratenen, die Sozialrentner, die Opfer des Krieges, jeder, der Rat und Hilfe braucht, vertrauensvoll wenden. Erhalten und ausgebaut werden müssen die 1.800 Nähstuben, die mehr als 200 Kindergärten und Kinderhorte und die vielen anderen Einrichtungen, wie Volksschulen, Werkstätten, Wärme- und Lesestuben. Trotz allen finanziellen Erschwerungen soll alles daran gesetzt werden, auch die 125 Heime und Anstalten mit fast 9.000 Betten durch die Klippen der Nahrungsreform zu steuern.

Alle in der kurzen Zeit von 2 1/2 Jahren durch die Arbeiterwohlfahrt aus dem Nichts heraus geschaffenen Einrichtungen sind ein lebendiger Beweis für den in der deutschen Arbeiterschaft vorhandenen Willen zum Aufbau und zur Gesundung.

Wroclaw aus Leipzig

sp. Ist der Leipziger Sender noch ein deutscher Sender? Die Frage ist keineswegs so abwegig, wie sie es im ersten Augenblick zu sein scheint. In seiner Nachrichtensendung berichtete der Leipziger Sender kürzlich von einem Weltkongreß der Intellektuellen, der z.Z. in Wroclaw stattfindet. Wroclaw ist aber bekanntlich nichts anderes als der polnische Name für die urdeutsche Stadt Breslau, die augenblicklich zwar unter polnischer Herrschaft steht, für jeden Deutschen aber noch immer Breslau heißt und auch in Zukunft weiter so heißen wird. Wenn die Polen ausgerechnet Breslau als Tagungsart für den ersten großen internationalen Kongreß auswählen, den sie nach Kriegsende veranstalten, so ist das ihre Sache. Über den Geschmack läßt sich bekanntlich nicht streiten. Daß aber der Leipziger Sender von Wroclaw und nicht von Breslau spricht, das stimmt doch höchst bedenklich. Hat man in Leipzig die Oder-Neiße-Linie bereits als endgültige Grenzlinie akzeptiert? Oder will man sich bei den Polen Liebkind machen? Oder sollte vielleicht gar auf besondere Anordnung der Gebrauch des deutschen Wortes Breslau im Leipziger Sender untersagt worden sein?

(b/B65/19/2/hs)

Verantwortlich: Peter Haunau